

# Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt \* Leipziger Jüdische Zeitung

**WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS**

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zelle 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 15070 unter „Allgemeines jüdisches Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:  
Allgemeines jüdisches Familienblatt  
Leipzig, L. Brstraße Nr. 6 — Telefon 21516  
Postcheckkonto Leipzig Nr. 15070  
Bankkonto Sächsische Staatsbank, Leipzig  
Erscheint jeden Freitag — Redaktionsschluß Dienstag mittag.  
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt,  
wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 2,40 Mark vierteljährlich (exklusive Bestellgeld). Streifenband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1,20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1,50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Löhstraße Nr. 6; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8, Leihbücherei, Nordstraße 29. M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaulbachstraße 55.

## Warum nur Hindenburg?

Es ist selbstverständlich, daß die in Deutschland lebenden Juden als Staatsbürger der deutschen Republik in gleicher Weise wie alle anderen Staatsbürger für sich das Recht in Anspruch nehmen, bei jeder Gelegenheit und besonders bei solchen, bei denen ihr staatsbürgerliches und darüber hinaus durch die eigentümlichen Bedingungen, unter denen die Juden leben, ihre jüdischen Interessen berührt werden, nach Maßgabe ihrer Kräfte und Machtmittel auf die in Frage kommenden Entscheidungen zu wirken. Das tritt besonders bei politischen Wahlen in Erscheinung und zumal bei der gegenwärtig bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten für die Amtszeit der nächsten 7 Jahre. Die jüdische Gesamtheit in Deutschland ist sozial sicherlich nicht einheitlich, wiewohl man feststellen muß, daß sie, als Einheit genommen, viel homogener ist, als die Gesamtheit der übrigen in Deutschland lebenden nichtjüdischen Staatsbürger. Es ist eine anormale Erscheinung, auf die schon sehr oft hingewiesen wurde, daß der größte Teil der in Deutschland lebenden Juden wirtschaftlich und sozial eigentlich den Mittelparteien zugezählt werden muß, während er kulturell und politisch unter dem Druck der vorhandenen politischen Gegebenheiten sehr oft geneigt ist, Anschluß nach links zu suchen. Klar und schärfer ausgedrückt: die wirtschaftlichen Interessen der überwiegenden Zahl der in Deutschland lebenden Juden werden von Richtungen wahrgenommen, die auf dem Standpunkte des Privateigentums und der sogenannten kapitalistischen Wirtschaft stehen. Infolge des in Deutschland leider bei überwiegenden Teilen des nichtjüdischen Bürgertums vorhandenen Judenhasses werden die Juden jedoch gefühlsmäßig auf Parteien hingelenkt, deren wirtschaftliches Programm den Existenzbedingungen der jüdischen Bevölkerung entgegensteht, die jedoch auf Grund ihrer allgemeinen Grundsätze in der Behandlung der Judenfrage viel annehmbarer sind, als die ausgesprochenen bürgerlichen Richtungen.

Bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl herrscht jedoch eine politische Situation, in der für prinzipielle Erwägungen und für Weltanschauungs-Kämpfe leider nur wenig Raum gegeben ist. Wahlen sind ja im allgemeinen keine Gelegenheiten zur Herausarbeitung theoretisch am klarsten gefaßter Ideologien und Weltanschauungsfragen. Sie sind Vorkommnisse der Tagespolitik und Politik ist bekanntlich, praktisch betrieben, nichts anderes als die Kunst, auf dem Wege der Möglichkeiten das größte Maß des Wünschenswerten oder des Gewünschten zu erlangen. Immer ist es so, daß man im Alltag des Geschehens und des Handelns vor die Wahl gestellt ist, zwischen verschiedenen Übeln zu unterscheiden. Nur im luftleeren Raume kann man sich das Allerbeste und das ideologisch

Entsprechendste vorbehalten. Im Gestrüpp der einander befehdenden Machtfaktoren jedoch, ist es gut, von den Höhen kristallklarer Ideologie zu den Niederungen des Vorhandenen herabzusteigen.

Während des Wahlkampfes, der jetzt mit besonderer Leidenschaft von den einzelnen Richtungen ausgefochten wird, ist uns Juden gar keine Möglichkeit gegeben, irgend wie entscheidend an bemerkbarer Stelle mitzuwirken. Die allgemeine Stimmung in Deutschland ist leider derartig, daß jede einzelne Partei es so ungern sieht, wenn jüdische Anhänger besonders sichtbar als Werbe- und Vorkämpfer dieser Partei in den Vordergrund rücken. Wenn man von den radikal-antisemitischen Parteien absieht, in denen die Juden naturgemäß nichts zu sagen haben, so ist auch bei anderen Richtungen die Beobachtung zu machen, daß entgegen der bisherigen Gepflogenheit jüdische Wortführer dieser Richtungen entweder freiwillig oder durch den Zwang der Situation im Hintergrund bleiben. Weder Staatspartei noch Sozialdemokratie, geschweige denn der Hindenburg-Ausschuß läßt jüdische Politiker, Redner oder Publizisten in diesen Tagen auf den Plan treten. Es ist sicherlich keine besondere Absicht dieser Parteien, dadurch eine Minderbewertung ihrer jüdischen Anhänger zum Ausdruck zu bringen, sondern darin liegt mehr das stillschweigende Zugeständnis, daß der Sache, die diese Richtungen vertreten, besser gedient ist, wenn man den Hauptgegner, den Nationalsozialisten keine Tür sie bequemen Angriffspunkte bietet und ihnen überflüssigerweise ein zugkräftiges Agitationsmittel an die Hand gibt, mit dem sie instände wären, in ihren Versammlungen und auf ihren Plakaten anstatt viele Worte zu machen, bloß ein paar jüdische Namen zu nennen, um den gegne-

rischen Kandidaten in den Augen weiter Schichten zu diffamieren, denen man im Laufe von Jahren die Lehre eingetrichtert hat, daß Judentum und Verderben Deutschlands identische Begriffe sind.

Diese Sachlage ist selbstverständlich für sehr viele Juden äußerst peinlich. Man hebt es nur sehr ungern ins Oberbewußtsein, daß man durch die bisherige Entwicklung leider außerhalb der Gesellschaft gestellt ist. Aus diesem Grunde sehen sich sehr viele Juden, und nicht gerade die schlechtesten, danach, in diesen bewegten Tagen für eine Richtung einzutreten, welche als rein kämpferische und radikale keinerlei Rücksichten auf das Leben, wie es ist, zu nehmen braucht und darum entschlossen ist, am klarsten ihre Prinzipien zum Ausdruck zu bringen. Wir meinen damit die kommunistische Partei, die ganz genau weiß, daß ihre Kandidatur keine Aussichten hat, und die überdies weiß, daß sie auch nicht als Bundesgefährte für irgend eine andere Richtung in Frage kommt. Die kommunistische Partei kann sich darum den Luxus leisten, eine ideologisch völlig einwandfreie Politik zu treiben, und sie ist des Zwanges enthoben, Rücksichten auf die Gegebenheiten zu nehmen, denn sie geht von vornherein von der Voraussetzung aus, daß sie die reale Macht auf dem Wege demokratischer Methoden nicht erreichen wird. Die Tatsache eines prinzipienreinen und prinzipienfesten Radikalismus, die Sauberkeit eines rücksichtslos vertretenen Programms läßt die kommunistische Partei im gegenwärtigen Augenblick vielen Lenten in Deutschland und darunter auch manchen Juden sympathisch erscheinen, obwohl diese Leute und diese Juden in keiner Weise die Ansichten der kommunistischen Richtung teilen. Nur weil sich diese Menschen sagen, daß alle in Frage kommenden Kandidaten entweder a limine abzuweisen sind oder ein Produkt des Kompromisses darstellen, meinen sie recht zu handeln, wenn sie für den Vertreter einer ganz klar zum Ausdruck gebrachten unverwässerten Anschauung eintreten, auch wenn diese Anschauung nicht die ihrige ist.

Derartige Gedankengänge wären durchaus verständlich, wenn es sich um ein harmloses Spiel handeln und wenn es nicht bei dieser Wahl besonders für die Juden um Sein oder Nichtsein gehen würde. Wie die Dinge liegen, kommt es bei den bevorstehenden Wahlen auf jede Stimme an. Und es kann nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, an diese Wahl mit Ressentiments heranzugehen. Praktisch gesehen kommt nur eine einzige Kandidatur in Frage, die imstande ist, die Gefahr des Nationalsozialismus zu bannen: das ist die Kandidatur des bisherigen Reichspräsidenten Hindenburg. Die jüdische Parole bei der Reichspräsidentenwahl darf also nur lauten: Nur Hindenburg! l. s.

